

ZÜRICH UND REGION



Dieter Meier: Der Musiker wirtet nun mit zwei Partnern im Lichthof der CS am Paradeplatz. **13**

IV-Stelle: Ein Chefarzt der Sozialversicherungsanstalt war ein Rechtsextremer. **13**

Bellevue: Weshalb zwei visuelle Gestalterinnen in die Hardau-Türme zogen. **20**



Beim Staatspersonal bahnt sich ein neuer Lohnstreit an

Wenn Angestellte in Pension gehen, werden sie durch jüngere und billigere ersetzt. Der Kanton spart so Millionen von Franken. Dieses Geld fordern die Personalverbände für sich ein.

Von **Stefan Häne**

Zürich. – Fehlender Teuerungsausgleich, ausbleibende Stufenanstiege, verweigerter Beförderungen: Der Kanton hat seine Angestellten während der letzten Jahre an der kurzen Leine gehalten; dies sehen jedenfalls die Personalverbände so. Entsprechend harsch haben sie die Lohnpolitik des Kantons in der Vergangenheit kritisiert. Ihr Protest dürfte demnächst wieder aufflammen. Die Regierung will die so ge-

nannten Rotationsgewinne nicht vollumfänglich dem Personal zugute kommen lassen; dies geht aus einem regierungsrätlichen Beschluss hervor, der dem TA vorliegt. Rotationsgewinne sind Einsparungen, die der Kanton macht, wenn ältere, teure Mitarbeiter in Pension gehen und durch neue, billigere ersetzt werden. Je nach Jahr schwankt der Betrag in Millionenhöhe; in der Regel liegt er zwischen 15 und 25 Millionen Franken.

Gemäss dem Papier, das vom 20. August datiert, haben die Rotationsgewinne zwischen 2005 bis 2007 jeweils rund 0,8 Prozent der Lohnsumme der kantonalen Angestellten betragen. Gewähren will die Regierung für das kommende Jahr 0,4 Prozent. Ob sie an ihrem Entscheid festhält, zeigt sich morgen Dienstag: Dann wird Finanzdirektorin Ursula Gut (FDP) über die Entwicklung der Kantonsfinanzen und die Personallöhne orientieren.

Nach Ansicht der Personalverbände sind die Rotationsgewinne gänzlich für Lohnerhöhungen zu verwenden. «Das kostet den Kanton keinen Rappen zusätzlich», sagt Rahel Bächtold, Präsidentin der Vereinigten Personalverbände (VPV), welche die Interessen von 37 000 Staatsangestellten und weiteren gut 30 000 Angestellten vertreten, die ans kantonale Lohnsystem angeschlossen sind.

Ein Monat Gratisarbeit pro Jahr

In der laufenden Lohnrevision wollen die Vereinigten Personalverbände die Verwendung dieser Gewinne thematisieren. Denn: Beim kantonalen Personal orten sie eine «grosse Unzufriedenheit», auch wegen der in den letzten Jahren nicht ausgeglichenen Teuerung; diese beträgt laut Bächtold Ende 2007 7,4 Prozent. Dies entspreche annähernd einem Monat

Gratisarbeit pro Jahr, rechnet Bächtold vor. «Dem Personal fehlt es an Planungssicherheit und Perspektiven.»

Irritiert zeigt sich Bächtold über Ursula Guts Vorgehen: Die Finanzdirektorin habe die Personalverbände nicht in den Entscheid über die Nutzung der Rotationsgewinne einbezogen und sie auch nicht darüber orientiert. Keine Überraschung ist es für die VPV, dass die Höhe der Rotationsgewinne mit 0,8 Prozent höher liegt, als es die Regierung bislang ausgewiesen hat (0,6 bis 0,7 Prozent). «Das entspricht unseren langjährigen Behauptungen», sagt Bächtold und kritisiert, der Kanton spare «viel Geld auf Kosten des Staatspersonals» ein.

Die jährlich wiederkehrenden Rotationsgewinne zeigen laut VPV auf, dass zum Beispiel im Bereich der Schule die gleiche Leistung Jahr für Jahr für weniger Geld erbracht wird. Die VPV schätzen, dass der

Kanton dem Personal in den letzten fünf Jahren so rund 80 Millionen Franken vorzuenthalten hat.

Die Regierung ist anderer Ansicht. Sie sieht in den Rotationsgewinnen zwar «grundsätzlich keine Sparbeiträge». Dass sie dem Personal trotzdem nicht den ganzen Batzen gewährt, begründet sie mit zusätzlich anfallenden Kosten: Mit der zunehmenden Zahl von Aus- und Eintritten steigen zwar die Rotationsgewinne; allerdings erhöhen sich auch der finanzielle und der personelle Aufwand, um neue Mitarbeitende zu gewinnen und einzuarbeiten. «Diese Argumentation hält einer vertieften Betrachtung nicht stand», entgegnet Bächtold. Viele Angestellte hätten 10, 20 und 30 oder noch mehr Dienstjahre bei ihrem Austritt. Es gebe vergleichsweise «sehr wenig Wechsel». Zudem würden viele Stellen durch interne Beförderungen besetzt.



BILDER DORIS FANCONI

Die Zürcher Ständerätin Verena Diener (Grünliberale) plädierte an der Kundgebung in Benken für Wind und Sonne als alternative Energiequellen.

Im Weinland demonstrierte die Anti-AKW-Bewegung

Benken ist nicht Gorleben. Friedlich demonstrierten rund 2000 Personen im Weinland gegen neue AKW und für alternative Energien. Die Endlagerfrage interessierte nur am Rand.

Von **René Donzé**

Benken. – Lang war die Liste der Redner, die am Samstag in Benken vor rund 2000 Personen auftraten, klar ihre Aussage: Über ein Endlager für radioaktive Abfälle wird erst diskutiert, wenn der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache ist. So war es denn eher eine Anti-Atomkraft-Demonstration als eine Anti-Endlager-Veranstaltung, zu der Redner und Teilnehmer aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Frankreich angereist waren. Organisiert hatte die Veranstaltung der Verein Klar Schweiz, der sich seit Jahren gegen ein Endlager im Weinland wehrt.

Ein Transparent hing in den Bäumen und überbrachte «Liebe Grüsse aus Gorleben», wo seit Jahren jeder Transport radioaktiven Abfalls von Tausenden Polizisten gesichert werden muss. Im Weinland genossen drei Kantonspolizisten die Herbstsonne und die friedliche Stimmung. Man wählte sich an einem Openair für Familien, mit Kinderhütchen, Bratwurststand, Musik von Vera Kaa, Cabaret mit Patrick Frey, Slam-Poetry von Lara Stoll.

«Wir müssen keine neuen Ängste schüren, sondern dafür sorgen, dass endlich Vernunft in die Diskussion kommt», rief die Deutsche Rebecca Harms, grüne Abgeordnete im Europarat, ins Mikrofon. Mit wehenden Haaren und flammenden Worten schilderte sie die drei Risiken der Atomtechnologie: «Der GAU, die Bombe, der Müll.» Alle drei seien real. Hildegard Breiner, die 70-jährige



Generationenübergreifender Protest, wo dereinst unter dem Boden radioaktive Abfälle lagern könnten.

Grande Dame des Widerstands im Vorarlberg, versprach, dass das AKW-freie Österreich, inklusive der Landesregierung, die Schweizer Opposition gegen neue Atomkraftwerke unterstützen werde.

Wind und Sonne gegen «Stromlücke»

Linke und grüne Politiker aus der Schweiz geisselten die neuen AKW-Pläne der Energiewirtschaft. Ruedi Rechsteiner (SP, BS) rechnete vor, dass die so genannte Stromlücke, die auf die Schweiz zukommen soll, ohne weiteres mit alternativen Energien gefüllt werden könnte. Er gab sich überzeugt, dass Wind und Sonne als Energiequelle «das Rennen machen werden», wenn der Widerstand gegen AKW hoch bleibe. In die gleiche Kerbe hieben auch Bastien Girod (Grüne, ZH), Christian van Singer (Grüne, VD) und die grünliberale Ständerätin Verena Diener.

Sechs Stunden standen die Demonstranten auf dem Feld von Bauer Erich Hug in Benken, viele ergraute Häupter waren auszumachen, aber auch langhaarige junge Männer, Frauen mit Sandalen und Schlab-

berhosen und Kinder. Der pensionierte Dorflehrer stand neben dem Greenpeace-Aktivist, der ehemalige Banker neben der jungen Mutter. Deutsche Transparenz, österreichische, Schweizer und französische flatterten im Wind. «Der Widerstand ist heute breiter», sagte Verena Diener, die vor 40 Jahren schon Unterschriften gegen AKW gesammelt hatte. Heute sei er grenzüberschreitend und gehe durch alle Gesellschaftsschichten. Das mache sie zuversichtlich für die kommende Abstimmung. «Wir sind gut aufgestellt», sagte auch Greenpeace-Chef Kaspar Schuler. Rund 30 Organisationen mit rund 700 000 Mitgliedern seien bereits unter dem Dach von Allianz Stopp Atom zusammengeschlossen. Die Opposition stehe so gut wie noch nie da. Die AKW-Abstimmung wird für 2011 erwartet.

Beinahe unter ging ob dieser Fundamentalopposition, dass unter dem Boden, auf dem die vielen Demonstrierenden standen, dereinst Atommüll lagern könnte. Die Frage brennt nicht mehr so sehr, seit Bundesrat Moritz Leuenberger die Suche nach alternativen Standorten

angeordnet hat. Es dauert noch mindestens zehn Jahre, bis das Endlager zur Abstimmung kommt. Für die Winterthurer Stadträtin Pearl Pedergnana (SP) ist heute schon klar: «Benken ist aus Winterthurer Sicht keine Lösung. Darum wehren wir uns hier mit euch.» Die radioaktiven Abfälle müssten mitten durch dicht besiedeltes Gebiet transportiert werden, um ins Weinland zu gelangen. Und der nördliche Kanton Zürich verlöre an Wert: «Wer will denn neben einem Endlager wohnen oder investieren?»

Auch Schaffhausen wehrt sich

Die Schaffhauser Regierungspräsidentin Ursula Hafner (SP) will wissen, wie hoch der Verlust für ihren Kanton ausfallen würde. Darum lässt die Regierung für eine Viertelmillion Franken eine sozioökonomische Studie erarbeiten, welche die Auswirkungen eines Endlagers auf Wirtschaft und Bevölkerung aufzeigen soll. «Unsere Studie wird sehr kritisch ausfallen», versprach sie. «Denn wir wollen kein Endlager vor unserer Haustür.»

Zwei Verletzte am Botellón in Winterthur

Winterthur/Meilen/Zürich. – Der Botellón an der Steinberggasse in Winterthur forderte am Freitagabend zwei Verletzte: Ein Teilnehmer wurde mit einer Flasche am Kopf getroffen, ein anderer von Unbekannten attackiert, als er ein Feuer löschen wollte. Das Feuer brannte bis um 3 Uhr morgens, ehe es unter Polizeischutz gelöscht wurde. Laut Stadtpolizei Winterthur befanden sich auch Linksautonome vor Ort.

Die Polizei war mit zivilen Fahndern am Botellón präsent und hielt sich im Hintergrund. Sie kontrollierte zahlreiche Teilnehmer, die nun mit Anzeigen rechnen müssen, unter anderem wegen Tätlichkeiten. Viele Anwohner beklagten sich über hohe Lärmbelästigungen. Arbeiter des Strasseninspektorats mussten am frühen Samstagmorgen die Steinberggasse unter Polizeischutz reinigen.

Wenig Leute in Meilen und Zürich

Ohne Zwischenfälle verlief indes der Botellón in Meilen. In einer Parkanlage am See trafen sich rund 30 Jugendliche zum gemeinsamen Trinken. Bereits um 23 Uhr löste sich die Veranstaltung auf. Die Organisatorin sammelte hernach eigenhändig den Abfall ein.

Ein ähnliches Bild präsentierte sich in Zürich, wo sich im Arboretum, der Wiese beim Hafen Enge, gemäss Polizeiangaben «nur sehr wenige» zum Massentrinken eingefunden hatten. Einsatz hatte die Zürcher Stadtpolizei bis Mitternacht keine zu leisten. (dv./TA)

Pizza-Kurier beraubt

Regensdorf. – Ein 26-jähriger Pizza-Kurier ist am späten Freitagabend von zwei Unbekannten mit einem Messer und einer Faustfeuerwaffe bedroht und ausgeraubt worden. Zwei vermumte Personen, die gemäss dem Opfer «Balkanslang» sprachen, sprangen um 22.15 Uhr aus der Dunkelheit hervor, als der Kurier an der Burghofstrasse seine Pizzas ausliefern wollte. Der Kurier händigte ihnen darauf 350 Franken Bargeld aus. Die in Schwarz gekleideten Täter flüchteten gemäss Angaben der Kantonspolizei zu Fuss Richtung Katzenssee. (rba)

Raub in Nachtclub

Rüti. – Bei einem Überfall auf einen Nachtclub haben zwei unbekannte Männer in der Nacht auf Sonntag 1500 Franken erbeutet. Die maskierten und mit Pistolen bewaffneten Räuber stürmten gemäss Kantonspolizei um 2.30 Uhr das Lokal und zwangen die Gäste, sich auf den Boden zu legen. Der eine Täter bewachte die verängstigten Personen, während der andere das Service-Portemonnaie aus der Treppenschublade nahm. Es gelang den beiden, unerkannt zu fliehen. (rba)